

Sensibilisieren und aufklären

Mit Informations- und Beratungskampagnen werden potenzielle Migrantinnen und Migranten in Herkunfts- und Transitländern über Gefahren aufgeklärt, über Fakten zur Situation in Europa und Alternativen zu irregulärer Migration. Neben anderen EU-Mitgliedsstaaten ist Österreich beteiligt.

In Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen verfolgen die Europäische Kommission und einige EU-Mitgliedstaaten – darunter Österreich – bereits seit mehreren Jahren einen proaktiven Ansatz zur Verhinderung irregulärer Migration. Menschen, die sich für Migration interessieren, sollen bereits vor Ort mit faktenbasierter Information und Beratung erreicht werden, bevor sie viel Geld für die Dienste von Schleppern aufwenden, ihr Leben auf gefährlichen Reisen riskieren und dabei oft Jahre in höchst prekären Verhältnissen zubringen. Viele Menschen in Herkunftsländern glauben, dass es erstens günstig und ungefährlich sei, sich für irreguläre Einreise in die EU Schleppern anzuvertrauen, und dass es in EU-Ländern leicht sei, Arbeit zu finden, um dann Geld nach Hause zu schicken. Genährt werden solche falschen Vorstellungen einerseits durch Übertreibungen der Diaspora (man will sich zu Hause als „Gewinner“ präsentieren), andererseits durch Falschinformationen internationaler Schlepper – vor allem über soziale Medien. Darüber hinaus wird auf direkten Kontakt gesetzt, indem als Reisebüros getarnte Kriminelle das Vertrauen der Menschen gewinnen. So werden viele Familien verleitet, für die „Reisekosten“ Hab und Gut zu verkaufen bzw. Schulden – teilweise bei den Schleppern – einzugehen.

Initiativen und Projekte. Vor diesem Hintergrund betreibt das Referat „Internationale Migrationskommunikation und -forschung“ des Bundesministeriums für Inneres (BMI) mehrere Initiativen und Projekte zur internationalen Migrationskommunikation, um Übertreibungen und Falschinformationen eine faktenbasierte Gegen-Erzählung über irreguläre Migration entgegenzuhalten. Dies geschieht durch die hauseigene BMI-Online-Kampagne „Myths about Migration“ und durch Projektbeteiligungen im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Union, die seit Jahren auf Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen in Drittstaaten setzt. Als Uni-



Verhinderung irregulärer Migration: Das Innenministerium beteiligt sich an Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen in Drittstaaten

onsmaßnahmen werden diese Kampagnen zu 90 Prozent aus EU-Mitteln finanziert. Österreich beteiligte sich wiederholt mit Bulgarien, Deutschland, Finnland, Griechenland, den Niederlanden und Polen an AMIF-Awareness-Raising-Projekten, die von Partnern wie dem *International Centre for Migration-Policy-Development (ICMPD)*, der *International Organisation for Migration (IOM)* und der *Seefar-Foundation* umgesetzt wurden. Neben Informationen, die im Internet und in digitalen Medien verbreitet werden, bieten diese Projekte telefonische, online und direkte Beratungen an. Wie die Berichte und Evaluationen dieser Projekte zeigen, kommt individueller Beratung eine Schlüsselrolle zu: Knapp 80 Prozent der Befragten gaben an, nach Beratung Pläne für irreguläre Migration verworfen zu haben. Seit 2021 wurden in den vom BMI unterstützten AMIF-Projekten rund 20.000 Menschen beraten und fast 100.000 bei Informationsveranstaltungen in Dörfern, Stadtteilen und Bildungseinrichtungen erreicht sowie knapp 40 Millionen-mal in sozialen und klassischen Medien gesehen.

Fortsetzung erfolgreicher Kampagnen. Zuletzt hatte sich Österreich neben anderen EU-Mitgliedsstaaten im

April 2025 als kofinanzierender und inhaltlicher Partner an vier Projekteinreichungen von *ICMPD* bzw. *Seefar* beteiligt. Davon wurden seitens der Europäischen Kommission inzwischen drei Projekte zur Förderung ausgewählt: Derzeit sind die Förderverträge für *PARIM III* (Pakistan), *MIRAMI II* (Irak) und *NPR* (östliche Mittelmeerroute) noch in Ausarbeitung. Die Projektstarts sind für März bzw. April 2026 avisiert – mit einer Laufzeit von drei Jahren. Dabei wird es auch Neuerungen geben: Im Irak wird der autonomen Region Kurdistan stärkeres Augenmerk zukommen. Im Süden Pakistans soll ein neues *Migrant Resource Centre* in der Millionenstadt Karatschi etabliert werden. Entlang der östlichen Mittelmeerroute soll vermehrt auf Angebote für unterstützte freiwillige Rückkehr hingewiesen werden.

Win-Win-Win-Situation. Potenzielle Migranten, die häufig der bildungsfernen Bevölkerungsschicht angehören, werden durch Informationskampagnen vor Gefahren illegaler Migration gewarnt und auf legale Alternativen und Perspektiven in der eigenen Herkunftsregion hingewiesen. Dies schützt die Menschen und ist im Sinne der Herkunftsländer wie auch der von irregulärer Migration betroffenen EU-Länder. S. A.